

ner Netz am meisten Strom einspeist, das am meisten Kunden hat, für 20 Jahre das Monopol über den Stromnetzbetrieb überlassen? Das ist doch ordnungspolitischer Irrsinn! Auch deshalb, gegen diesen Irrsinn: Ja zum Volksentscheid!

[Beifall bei den GRÜNEN–
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Schäfer! – Herr Melzer! Möchten Sie antworten? – Gut, Sie verzichten. – Dann hat jetzt für die Piratenfraktion das Wort der Abgeordnete Herr Mayer. – Bitte sehr!

Pavel Mayer (PIRATEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Liebe Gäste! Es ist in der Debatte wieder mal schon fast alles gesagt worden.

[Uwe Doering (LINKE): Sag es noch mal!
Die verstehen es nicht!]

Es ist vielleicht auch ganz gut, dass CDU und SPD hier im Haus endlich formuliert haben, was sie nicht wollen. Sie wollen beide kein Stadtwerk, bei dem die Berliner echte Mitspracherechte haben. Und die CDU, glaube ich, will überhaupt kein Stadtwerk. Es ist eigentlich schade, dass die CDU-Fraktion hier im Haus nicht offen artikuliert, was sie eigentlich will, nämlich an Vattenfall als Netzbetreiber festzuhalten. Das wäre aus unserer Sicht fatal, denn die Interessen der Berlinerinnen und Berliner stehen im Gegensatz zu den Interessen von Vattenfall. Das kann man einfach ganz neutral so festhalten.

[Beifall bei den PIRATEN]

Es ist auch ganz klar absehbar, dass Vattenfall seinen Sparkurs weiter fortsetzen wird. Das wird sowohl zulasten der Modernisierung des Netzes als auch der Beschäftigten gehen. Das wollen wir nicht.

Wenn wir in Berlin dauerhaft ein energiewendetaugliches Stromnetz wollen, dann ist ein eigenes Stadtwerk und eine eigene Netzgesellschaft die erste Wahl, und es ist für die Berlinerinnen und Berliner auch die preiswerteste Lösung – das wurde auch schön öfter gesagt –, denn nur so verbleiben die Netzgebühren und die Wertschöpfung weitestgehend in der Stadt.

Was sagt die Koalition dazu? – Das wurde auch schon zitiert. Sie sprechen von einem absehbaren und unbeschränkten Risiko für den Landeshaushalt von Berlin. Und es wurde auch schon von Herrn Schäfer, glaube ich, darauf hingewiesen, dass einem, wenn man diese Bezeichnung hört, sicher eher das Handeln des Senats beim Neubau des Flughafens einfällt. Aber ich kann hier unsere Koalition der Ängstlichen beruhigen: Das Berliner

Stromnetz ist bereits in Betrieb. Es fließt bereits Strom, und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind gut kalkulierbar. Anders ließe sich das hohe Interesse an der Berliner Stromlizenz auch nicht erklären.

Ich habe in diesem Haus auch schon mehrfach darauf hingewiesen, dass es der Berliner Politik gut anstünde, den Rückenwind aus der Berliner Zivilgesellschaft beim Thema Energie zu nutzen. Das ist aber offensichtlich bisher ziemlich danebengegangen. Offenbar ist es mit dieser Regierungskoalition nicht möglich. Der Bürger scheint beim Regieren zu stören. Sagen Sie doch einfach direkt: Die Bürger sind zu blöd für Volksgesetzgebung, und wir wollen das eigentlich nicht. Das wirft nur Sand ins Getriebe.

[Beifall bei den PIRATEN]

Insgesamt passt dazu auch das Verhalten beim Festsetzen des Abstimmungstermins. Auch darauf wurde schon mehrfach hingewiesen. Sie haben den Termin der Volksabstimmung verschoben, um dem Haus die Gelegenheit zur Befassung mit dem Gesetz zu geben. Aber es ist nichts passiert. Wir hatten anderthalb Jahre Zeit, und jetzt sind die 1,5 bis 2 Millionen Euro, die das Volksbegehren kostet, komplett „in die Tonne“.

Zu Ihren Argumenten: Das Muster der Argumentation – das wurde auch schon viel gesagt – ähnelt der klassischen FUD-Strategie – fear, uncertainty, doubt – Angst, Unsicherheit, Zweifel. Es werden hier Strohmänner und Vogelscheuchen aufgebaut – alles ist ganz fürchtbar. Aber das ist, glaube ich, ganz durchsichtig. Es wurde auch schon gesagt: Die weitere Netzgesellschaft ist nicht überflüssig. Es ist problemlos möglich, auch den LHO-Betrieb umzuwandeln.

Noch zum Thema Gewährträgerversammlung: Ich finde auch nirgendwo im Gesetzentwurf des Volksentscheids, dass die Gesellschaft Mitarbeiter beschäftigen und bezahlen und Steuern bezahlen muss. Nichtsdestoweniger wird sie es dann vermutlich trotzdem tun. Davor hätten Sie ja dann auch warnen können.

Wir fordern jedenfalls die Berlinerinnen und Berliner dazu auf, die Dagegen-Koalition der Neinsager und Bedenkenträger zum Jagen zu tragen und am 3. November beim Volksentscheid mit Ja zu stimmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den PIRATEN, den GRÜNEN
und der LINKEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Mayer! – Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Herr Abgeordnete Schneider. – Bitte sehr!

[Oliver Höfinghoff (PIRATEN): Jetzt regen Sie sich nicht auf, Herr Schneider! Das ist nicht gut für die Gesundheit. –

Martin Delius (PIRATEN): Lassen Sie sich Zeit! –
Weitere Zurufe]

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Michael Schäfer (GRÜNE): Wir sind sehr
gespannt auf Ihren Gesetzentwurf!]

Torsten Schneider (SPD):

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Mayer! Ich habe den Eindruck, Sie haben den Gesetzentwurf gar nicht gelesen, über den Sie referiert haben. In § 12 ist ausdrücklich die Rede davon, zu welchen tariflichen Bedingungen und mit welchem Kündigungsschutz – und zwar mit einem hervorragenden – die Mitarbeiter zu beschäftigen sind. Insoweit ist Ihre Aussage schlichtweg unzutreffend, die Sie diesbezüglich hier gemacht haben. Aber das ist gar nicht der Grund, warum ich noch mal hier nach vorn komme.

Sie haben gesagt, wir hätten sozusagen eine schiefe Perspektive zu Elementen direkter Demokratie, und haben damit den Eindruck erweckt, die SPD würde sich hier gegen direkte Demokratie aussprechen. Ich sage: Der Volksentscheid hat diesbezüglich ein glasklares Defizit. An keiner einzigen Stelle können Bürger in Sachfragen Entscheidungen treffen. Wo ist denn da der Mut? Wo ist da die direkte Demokratie?

Wir dürfen sechs Bürger wählen – unter Ausschluss von Abgeordneten. Das Thema hatten wir gerade. Und dann gibt es an drei Stellen im Gesetz die Regelung, wie mit Bürgeranliegen umzugehen ist. Entweder können die Bürger veranlassen, dass sich der Verwaltungsrat befassen muss, oder es hat empfehlenden Charakter.

[Uwe Doering (LINKE): Warum habt
ihr das nicht vorgeschlagen? –
Martin Delius (PIRATEN):
Wo ist Ihr Vorschlag?]

Und selbst wenn die Bürger ein Quorum erfüllen und mit absoluter Mehrheit abstimmen, hat das nur beratenden Charakter. Entscheidungen in Sachfragen gibt es hier überhaupt nirgendwo.

[Uwe Doering (LINKE):
Was sagt die CDU dazu?]

Also belehren Sie uns bitte nicht und versuchen Sie nicht, uns in die Richtung zu drücken, wir hätten irgendeine Sorge vor direkter Demokratie!

[Oliver Höfinghoff (PIRATEN) und Udo Wolf (LINKE):
Das schaffen Sie allein!]

Nein! Wir legen nur offen, dass es sich hier nicht um direkte Demokratie in Sachfragen handelt,

[Uwe Doering (LINKE):
Ist das mit der CDU abgestimmt?]

sondern um ein Nebenparlament für ein Einzelunternehmen, und das passt nicht zusammen mit unserer Gesamtverantwortung. Das ist der Punkt.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Schneider! – Herr Mayer, möchten Sie antworten? – Bitte!

Pavel Mayer (PIRATEN):

Herr Schneider! Ich will jetzt nicht Rosinen picken. Ich hatte allerdings, wenn ich mich recht entsinne, gesagt, dass das Gesetz nicht vorschreibt, dass das Unternehmen Mitarbeiter beschäftigen muss. Aber wie Sie sagten, ist das ein Nebenaspekt.

[Torsten Schneider (SPD): Tut es aber!]

Man kann natürlich über diesen Verwaltungsrat – diese Konstruktion – kritisch debattieren, und das mag vielen sicherlich nicht gefallen. Aber das ist nun mal genau der Vorschlag, der dort auf dem Tisch liegt, und es ist jetzt aus unserer Sicht nichts daran, was diese Verwaltungsratskonstruktion extrem problematisch machen würde. Natürlich passt es nicht in das übliche Schema, das wir bisher haben. Aber es spricht auch nichts dagegen, mal etwas Neues auszuprobieren.

[Martin Delius (PIRATEN):
Herr Schneider hört doch gar nicht zu! –
Unruhe]

Es ist auch nicht für die Ewigkeit gedacht.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Entschuldigung! – Meine Damen und Herren! Herr Mayer hat jetzt das Wort.

Pavel Mayer (PIRATEN):

Wie gesagt: Herrn Schneider interessiert es ohnehin nicht, was ich zu erwidern habe. Aber wir werden ja dann am 3. November sehen, was die Berlinerinnen und Berliner von den jeweiligen Argumenten halten. Ich freue mich jedenfalls schon auf den Tag – der Abrechnung, hätte ich fast gesagt. – Danke!

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und
der LINKEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Mayer! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragsteller haben jeweils die sofortige Abstimmung beantragt. Zum Antrag der Oppositionsfraktionen auf Drucksache 17/1124 ist die namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich bitte also den